

Christlich Soziale Union - Freie Demokratische Partei Bayern
Koalitionsvereinbarung 2008 bis 2013
zwischen CSU und FDP
für die 16. Wahlperiode des Bayerischen Landtags
- Vorlage für den Parteitag der CSU am 25. Oktober 2008 in München -

- Auszug-

Bildung

Bayern legt seit jeher größten Wert auf Bildung und Ausbildung. In den bisherigen Vergleichstests hat Bayern international mit an der Spitze abgeschnitten. Bildungspolitik ist die Sozial- und Wirtschaftspolitik des 21. Jahrhunderts. Unsere Bildungspolitik zielt auf eine umfassende Persönlichkeitsentwicklung. Für uns steht jedes Kind mit seinen individuellen Fähigkeiten und Begabungen im Mittelpunkt.

Junge Menschen sollen unabhängig von ihrer Herkunft ihre individuellen Fähigkeiten und Talente nutzen und entfalten können. Bildungsgerechtigkeit ist für uns ein wesentliches Element der Chancengerechtigkeit. Hohe Priorität kommt deshalb der Durchlässigkeit des Bildungssystems zu. Wesentliche Elemente unserer Bildungspolitik sind bessere vorschulische Betreuung, mehr Ganztagsangebote in allen Schularten und kleinere Klassen sowie Selbständigkeit der Schulen und neue Kooperationsmodelle. Bildung ist der Schlüssel für den Start ins Berufsleben und in die Gesellschaft.

Die Koalitionspartner vereinbaren:

Wir räumen dem Bildungsbereich Priorität ein. Die „demographische Rendite“, die durch den Rückgang der Schülerzahlen entstehen wird, bleibt in vollem Umfang im Bildungssystem, um die Bedingungen für die Schulen weiter zu verbessern. Wir stehen zu dem bundesweiten Ziel, die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss und der ausbildungsfähigen jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss bis zum Jahr 2015 auf 4 Prozent beziehungsweise 8,5 Prozent zu reduzieren.

Vorrang haben folgende Maßnahmen:

Ausbau der Ganztagschulen

Wir werden den Ausbau eines flächendeckenden und bedarfsorientierten Angebots an Ganztagschulen in allen Schularten weiter vorantreiben.

Bis zum Ende der Legislaturperiode sind gebundene Ganztagszüge für 540 Grundschulen, 600 Hauptschulen und alle Förderzentren grundsätzlich über alle Jahrgangsstufen, ebenso für alle Realschulen und alle Gymnasien in den Jahrgangsstufen 5 und 6 vorgesehen. Für höhere Jahrgangsstufen an Gymnasien, Realschulen, Wirtschaftsschulen und dort, wo dies gewünscht wird, ist die offene Ganztagschule vorgesehen. Auf Wunsch können in den Gymnasien und Realschulen auch die Jahrgangsstufen 7 und 8 als gebundene Züge fortgeführt werden. Wenn Schulträger und Eltern ein Gymnasium oder eine Realschule in der Region als gebundene Ganztagschule bis Jahrgangsstufe 10 führen möchten, soll dies geprüft und genehmigt werden.

Bei den Grund- und Hauptschulen werden wir es Kommunen mit mehreren Schulsprengeln

durch flexible Sprengelregelungen ermöglichen, Ganz- und Halbtagszüge nach den Bedürfnissen vor Ort zu gestalten. Die Modelle „gebundene“ und „offene“ Form sollen unter staatlicher Verantwortung stehen und in der finanziellen Ausstattung angeglichen werden. Das konkrete Angebot, die Ausgestaltung und Umsetzung sind zusammen mit den Kommunen als Sachaufwandsträgern festzulegen. Dabei sind die Eltern, ehrenamtliche/freigemeinnützige Organisationen sowie die Wirtschaft, Handwerk und freie Berufe als Teil der aktiven Bürgergesellschaft mit einzubeziehen. Die Angebote der Mittagsbetreuung an Grundschulen werden wir beibehalten und weiter ausbauen. Es wird auch in Zukunft in der freien Entscheidung der Eltern liegen, ob sie von dem Ganztagsangebot Gebrauch machen.

Abbau großer Klassen an staatlichen Schulen

Wir wollen bis zum Ende der Legislaturperiode Klassenhöchstzahlen von 25 an den Grund- und Hauptschulen bzw. 30 an den übrigen Schulen erreichen. Wir werden in Klassen, in denen die Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund 50 % übersteigt, die Klassenhöchstzahl bereits ab dem Schuljahr 2009/10 generell auf 25 senken. Dazu ist pro Schuljahr (SJ 08/09 bis SJ 13/14) die Schaffung von mindestens 1000 zusätzlichen Lehrerstellen erforderlich. Der geplante Ausbau der Ganztagsschulangebote hat – mit Ausnahme der „Migrationsklassen“ – im Zweifel Vorrang vor der vollen Ausschöpfung der geplanten Reduzierung von Klassenstärken.

Mehr Freiheit und Eigenverantwortung für die Schulen

Wir werden in den nächsten zwei Jahren die Eigenverantwortung der Schulen stärken. Es ist die Aufgabe der Schulgemeinschaft, pädagogische Konzepte vor Ort selbständig zu entwickeln und umzusetzen. Ziel ist die eigenverantwortliche Schule in Bayern. Dazu werden die schulrechtlichen Bestimmungen geändert.

Wir werden das Direktbewerbungsverfahren bei der Personaleinstellung in allen Schularten grundsätzlich ausbauen und damit die Entscheidungskompetenz der Schulleitungen stärken. Beim Einsatz von pädagogischem und sonstigem Personal (z.B. Sozialpädagogen, Meister, Techniker) ist mehr Flexibilität erforderlich. Die Jugendsozialarbeit an Schulen wollen wir in Zusammenarbeit mit den Kommunen ausbauen.

Wir streben die Vergabe von Funktionsstellen auf Zeit, verbunden mit entsprechenden Zulagen, an allen Schularten an. Im Rahmen eines Pilotprojekts werden wir an großen Schulen die Einführung des Amtes eines Schulmanagers (mittlerer/gehobener Dienst) erproben, der die Schulen bei der Verwaltungsarbeit entlasten soll.

Wir streben an, dem Schulleiter eine Weisungsbefugnis gegenüber allen an der Schule beschäftigten Personen einzuräumen.

Wir werden den Schulen ein eigenes Budget zuweisen, um Fortbildungsmaßnahmen vor Ort eigenständig zu organisieren und dadurch das Schulprofil zu stärken.

Wir werden die Elternbildung zur Stärkung der Elternkompetenz weiter ausbauen.

Pädagogische Berufe stärken, Gesamtkonzept für Aus-, Fort- und Weiterbildung

Wir halten an der universitären schulartbezogenen Lehrerausbildung fest. Dies erfordert attraktive Lehr- und Forschungsangebote sowie eine praxisnahe Ausbildung. Die

Universitäten haben dazu ein qualifiziertes Angebot und entsprechende Lehrstühle vorzuhalten.

Wir schaffen in Oberbayern zusätzliche Studienplätze zur Ausbildung von Grund- und Hauptschullehrkräften.

Wir halten an der ersten und zweiten Staatsprüfung fest, um die Qualität der Lehrerbildung zu sichern. Die neue modular aufgebaute Lehrerbildung wollen wir nach dem ersten Durchlauf bewerten und dabei auch die Bachelor- und Masterstruktur einbeziehen.

Wir werden ein Gesamtkonzept zur Aus-, Fort- und Weiterbildung für alle pädagogischen Berufe (vom Kinderpfleger bis zum Lehrer) erstellen, um die Qualität unserer Bildungseinrichtungen weiter zu verbessern. Pädagogische und praktische Ausbildungsanteile werden wir erhöhen, den flexiblen, schulartergänzenden und übergreifenden Einsatz von Lehrern, ggf. über Weiterbildungsmodulen, wollen wir ermöglichen.

Wir werden die Attraktivität des Lehrerberufs steigern durch Einführung von Beförderungssämtern für Grundschul-, Hauptschul- und Realschullehrer. Wir halten an der Verbeamtung von Lehramtsbewerbern fest.

Stärkung der Privatschulen und der kommunalen Schulen

Wir wollen die Privatschulfinanzierung verbessern und vereinfachen. Wir stehen für den fairen Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Schulen. Als Sofortmaßnahme werden wir den Schulgeldersatz deutlich anheben. Für die kommunalen Schulen streben wir eine Erhöhung der Förderung an.

Stärkung der Werteerziehung, der musischen Bildung (Kunst, Musik) und des Sportes in allen Schularten

Wir werden ein Bündnis für Werte zwischen Erziehern, Lehrern und Partnern aus den Kirchen und der Wirtschaft bis hin zu Sport und Kultur begründen. Werte machen stark für ein gelingendes Leben. Die Schule soll nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden (Art. 131 BV). Unsere Kinder brauchen eine kulturelle Heimat und klare ethische Maßstäbe für ihr Leben. Wir wollen den Religionsunterricht als Pflichtfach erhalten und die Islamische Unterweisung in deutscher Sprache flächendeckend ausbauen.

Wir werden die musisch-ästhetische Bildung und Erziehung sowie den Sport ausbauen und durch stärkere Vernetzung zwischen Schulen und Kulturtreibenden und Sportvereinen fördern. Gerade im Bereich der Ganztageschulen liegen große Potentiale für eine solch gewinnbringende Zusammenarbeit.

Integration von Kindern mit Migrationshintergrund stärken

Wir legen mit der Senkung der Klassenhöchstzahl bei Klassen mit hohem Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, dem Ausbau der Förderkurse Deutsch, früher Sprachstanderhebung und gezielter Förderung sowie der Einführung der Islamischen Unterweisung in deutscher Sprache den Grundstein zu einer gelingenden Integration. Dabei legen wir den Schwerpunkt auf möglichst frühe Förderung. Mit gezielten Projekten (z.B. KommMIT) erhöhen wir die Nachhaltigkeit der Maßnahmen.

Sicherung der Qualität durch Evaluation

Wir werden die Qualität der bayerischen Bildung durch interne und externe Evaluation sowie länderübergreifende Vergleiche sichern.

Für die einzelnen Schularten und die Schnittstellen zwischen diesen vereinbaren wir:

Schnittstelle zwischen Kindergarten und Grundschule

Wir werden der Zusammenarbeit von Kindergarten und Grundschule hohe Priorität einräumen und die Rolle des Kindergartens als Bildungseinrichtung stärken. Erfolgreiche Vermittlung von Bildung muss bereits im Elementarbereich beginnen. Es gilt, die natürliche Lernbereitschaft, die Lernfreude, das Selbstvertrauen und die Motivation der Kinder durch individuelle Förderung zu stärken.

Wir werden die Verzahnung von Kindergarten und Grundschule gewährleisten, um die Übergänge noch fließender zu gestalten.

Wir werden sicherstellen, dass bei jedem Kind bereits im ersten Kindergartenjahr getestet wird, ob es altersgemäß Deutsch spricht oder sprachlich gefördert werden muss. Jedes Kind muss in der Schule ausreichend Deutsch sprechen, um dem Unterricht folgen zu können.

Wir werden die Sprachförderung in der frühkindlichen Erziehung und Bildung weiter ausbauen, insbesondere die erfolgreichen Vorkurse Deutsch weiter stärken und die Förderung des spielerischen Lernens durch zusätzliches Erziehungspersonal verstärken. Alle Kinder sollen einen optimalen Start in die Schule haben.

Wir werden das für die Eltern kostenfreie letzte Kindergartenjahr mittelfristig einführen – in Abstimmung mit den Kommunen. Unser Ziel ist auch, den Anstellungsschlüssel von 1:11,5 auf 1:10 und die Aus- und Fortbildung von Kinderpfleger/innen und Erzieher/innen zu verbessern.

Grundschule

Wir werden die wohnortnahe 4-jährige Grundschule erhalten. Weiterhin gilt die Aussage: Kurze Beine, kurze Wege. Grundschüler sollen durch kleinere Klassen und den Ausbau des Ganztagsangebots noch stärker und individueller gefördert werden. Um flexible Lösungen zu ermöglichen, werden wir das Verfahren der Lehrertzuweisung reformieren. Hierbei wollen wir die festen Regelungen zur Klassenmindestgröße durch Orientierungszahlen zur Klassengröße ersetzen. Vor Ort können dann die besten Lösungen gefunden werden.

Wir werden das Übertrittsverfahren in den nächsten Monaten kind- und begabungsgerecht weiterentwickeln. Mit einem erweiterten Beratungsangebot, der Ausstellung eines Übertrittszeugnisses gestützt auf Leistung und die Arbeitshaltung der Schülerinnen und Schüler, der Stärkung der Elternverantwortung und der Verantwortung der aufnehmenden Schule werden wir den Druck auf Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte reduzieren. Vor dem Übertritt an eine weiterführende Schule sollen Kinder ihren Stärken und Schwächen entsprechend gefördert werden. Der Übertritt nach der 4. Klasse in Hauptschule, Realschule und Gymnasium bleibt erhalten.

Förderschule

Wir werden der Förderung und Integration von Schülern und Jugendlichen mit Behinderung ein besonderes Augenmerk schenken. Es ist individuell festzustellen, wo die Förderung am besten gewährleistet ist: In den Schulen zur sonderpädagogischen Förderung oder integriert in das allgemeine Schulwesen. Dem Wunsch vieler Eltern nach Flexibilität und Wohnortnähe dient der weitere Ausbau von Außenklassen und Kooperationsklassen, in besonderer Weise aber auch die Verstärkung der Mobilen Sonderpädagogischen Dienste. Eine möglichst frühe Förderung ist auch hier von entscheidender Bedeutung. Wichtig ist aber auch die Vorbereitung auf Beruf und Leben in den Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung.

Mehr Durchlässigkeit im Sekundarbereich

Wir werden in allen Schularten die 5. Klasse zu einer „Gelenkklasse“ ausgestalten, um die gewählte Übertrittsentscheidung zu überprüfen. Am Ende der 5. Klasse wird die aufnehmende Schule den weiteren Bildungsweg im Benehmen mit den Eltern entscheiden. Im Einvernehmen mit Träger und Eltern wird eine „Gelenkklasse“ auch an einer Grundschule erprobt.

Hauptschule

Wir werden Hauptschulen, auch in Form von Schulverbänden oder Schulverbänden, zu Schulen fortentwickeln, die die Ausbildungsreife, den Quali und einen an den regionalen Bedürfnissen ausgerichteten vollwertigen Mittleren Schulabschluss (Mittlere Reife) vermitteln. So können auch einzügige Hauptschulstandorte erhalten werden. Damit wollen wir ein wohnortnahes Bildungsangebot sichern und die jeweilige Region stärken. Um flexible Lösungen vor Ort zu ermöglichen, werden wir das Verfahren der Lehrerzuweisung reformieren. Hierbei wollen wir die starren Regelungen zur Klassenmindestgröße durch Orientierungszahlen zur Klassengröße ersetzen. Die Hauptschule bietet die Wahlmöglichkeiten zwischen einem technisch, einem wirtschaftlich und einem sozial berufsorientierenden Bereich. Durch die verstärkte, gezielte Förderung der Kernkompetenzen Deutsch, Mathematik und Englisch sowie der Sozialkompetenz soll die Ausbildungsreife sichergestellt werden.

Wir werden die Zusammenarbeit mit den Berufsschulen, der Wirtschaft und der Arbeitsverwaltung stärken und so die Chancen auf einen guten Start in die duale berufliche Arbeitswelt verbessern. Absolventen, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, qualifizieren wir in Kooperation mit Berufsschule und Wirtschaft weiter, damit sie einen Ausbildungsplatz finden oder einen weiterführenden schulischen Weg einschlagen.

Schulversuch Kooperationsmodell

Wir werden (in jedem Regierungsbezirk) Modelle einer Kooperation von Haupt- und Realschule erproben. Dabei bleiben Haupt- und Realschule als eigenständige Schularten erhalten. Die Einrichtung des Schulversuchs erfolgt im Einvernehmen mit den betroffenen Landkreisen, Gemeinden, Schulen und Eltern. Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus wird diese Kooperationsmodelle genehmigen und wissenschaftlich begleiten. Dabei sollen solche Modelle Vorrang haben, die als Ganztagschule geführt werden und mehr Sport, Kunst und andere Wahlfächer anbieten.

Realschule

Wir werden dafür sorgen, dass der bereits eingeleitete Abbau großer Klassen in den kommenden Schuljahren rasch vorankommt. Die hohe Akzeptanz der sechsstufigen Realschule R6 bei Schülern und Eltern hat die Schülerzahl stark ansteigen lassen und spricht für ihren Erfolg. Durch die zweite Fremdsprache, ihre besondere Ausrichtung und die Anschlussmöglichkeiten zieht sie besonders leistungsfähige Schüler an und genießt insbesondere in Industrie und Wirtschaft hohes Ansehen.

Gymnasium

Wir werden den Lehrplan weiterentwickeln, um die in den nationalen Bildungsstandards formulierten Kompetenzen noch stärker auszuformen und die neu zu schaffenden Standards für das Abitur umzusetzen. Dabei werden wir Anlaufprobleme aufgreifen und den Lehrstoff weiter straffen. Das bayerische Gymnasium mit seinen differenzierten Ausbildungsrichtungen, seinem vielfältigen Fremdsprachenangebot und seinem umfassenden Bildungsansatz sichert auch weiterhin die qualifizierte Vorbereitung für Hochschule und Beruf. Ab dem laufenden Schuljahr wird es weniger Tage mit verpflichtendem Nachmittagsunterricht geben. Alle Intensivierungsstunden bleiben erhalten. Ein Teil der Intensivierungsstunden kann von den Schulen künftig eigenverantwortlich im Einvernehmen mit der Lehrerkonferenz und dem Elternbeirat flexibel auf den Förderbedarf einzelner Klassen oder Schüler ausgerichtet werden.

Berufliche Bildung

Wir bekennen uns zur dualen Bildung. Sie eröffnet den jungen Menschen einen zuverlässigen Weg in den Beruf und sichert der Wirtschaft die erforderlichen Fachkräfte. Eine gute berufliche Bildung bietet unseren jungen Menschen viele Chancen im Beruf.

Wir werden mit der flächendeckenden Einführung der Beruflichen Oberschule und der 13. Jahrgangsstufe der Fachoberschule den Weg zur Hochschule ausbauen. Für Meister, Techniker und Absolventen mit gleichwertigen Abschlüssen eröffnen wir den Zugang zur Hochschule, stärken damit die berufliche Bildung und schaffen zusätzliche Aufstiegsmöglichkeiten. Bereits heute kommen über 40 % der Hochschulzugangsberechtigten aus dem beruflichen Bereich. Diese Möglichkeiten werden wir weiter ausbauen und dadurch das bayerische Bildungssystem noch durchlässiger machen.

Wir werden uns dafür einsetzen, die anerkannten Ausbildungsberufe bedarfsgerecht zu modernisieren und den Qualifikationserfordernissen des Marktes entsprechend Ausbildungsberufe für verwandte Tätigkeiten in Berufsgruppen mit gemeinsamen Kernqualifikationen und darauf aufbauenden Spezialisierungsmöglichkeiten zusammenführen.